bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 16 | 03. August 2007

Rechte Szene 2

„Ersatzveranstaltungen“
In der Neonazi-Szene stellt man sich auf ein abermaliges Verbot der „Rudolf-Heß-Gedenkkundgebung“ in Wunsiedel ein.

Kriminelle „Kameraden“
Der NPD-Spitzenkandidat für die niedersächsische Landtagswahl zeigt wenig Distanz zur „Nationalen Offensive Schaumburg“.

„Gegen Inländerfeindlichkeit“
Neonazis marschieren mit antiisraelischen und ausländerfeindlichen Parolen.

Betriebsrat und Musiker
Christlicher Gewerkschafter spielt bei Rechtsrockband.

Verfassungsschutz 5

Radikal und parlamentarisch
Die NPD in Sachsen-Anhalt fährt in ihrer politischen Tätigkeit eine Doppelstrategie.

Ausland 7

„Christlicher Nationalismus“
Rumäniens „Neue Rechte“ unterhält gute Kontakte zur deutschen NPD.

Grauzone 8

Feldzug gegen die Fakten
Wie der Ex-Militär Gerd Schultze-Rhonhof versucht, Adolf Hitler als Friedensaktivisten darzustellen.

Rezension 9

Verschwörungsphantasien
Der Mythos einer antisemitischen Legende.

Demokratische Initiativen 10

Virtuelle Begegnungen
Ein Webportal dokumentiert das Leben von Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Ersatzveranstaltungen"

In der Neonazi-Szene stellt man sich auf ein abermaliges Verbot der „Rudolf-Heß-Gedenkkundgebung" in Wunsiedel ein.

Erst in der Woche vor dem 18. August wird sich voraussichtlich entscheiden, ob Neonazis an diesem Tag zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im oberfränkischen Wunsiedel auf die Straße gehen dürfen. Nachdem das Verwaltungsgericht Bayreuth Mitte Juli das vom Wunsiedeler Landrat Peter Seißer erlassene Versammlungsverbot bestätigt hat, ist der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München am Zuge. Sollten die Richter in der Landeshauptstadt Seißers Argumentation folgen, dürfte das neonazistische Wunsiedel-Komitee rund um den Hamburger Rechtsanwalt und NPD-Landeschef Jürgen Rieger wie in den letzten zwei Jahren vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Seißer hatte das Verbot darauf gestützt, „dass die Heß-Gedenkkundgebung dazu dient, die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft zu verherrlichen". Dies geschehe in einer die Würde der Opfer des NS-Regimes verletzenden Art und Weise und sei nach dem Volksverhetzungsparagrafen 130 des Strafgesetzbuchs eine Straftat. Mit dieser Argumentation war Wunsiedels Landrat 2005 und 2006 erfolgreich. Die Gerichte – bis hin zum Bundesverfassungsgericht – gaben ihm im Zuge der Eilverfahren Recht. Die Karlsruher Richter ließen freilich durchblicken, dass sie sich unwohl dabei fühlen, immer nur im Eilverfahren über die Heß-Demos zu entscheiden. Es könne aber davon ausgegangen werden, so schrieben sie 2006 in ihren Beschluss, dass „eine endgültige Entscheidung vor der schon jetzt für den 18. August 2007 angemeldeten Versammlung ergeht und gegebenenfalls einer verfassungsgerichtlichen Prüfung zugeführt werden kann".

Doch so weit ist es immer noch nicht. Im Hauptsacheverfahren haben bisher das Verwaltungsgericht Bayreuth und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entschieden – im Sinne Seißers. Rieger hat daraufhin Revision beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Er will den neuen Paragrafen 130 Absatz 4, auf den sich das Demoverbot stützt, aus der Welt bekommen. Das Verfassungsgericht halte sich bis zum Ausgang des Revisionsverfahren bedeckt, bedauert das Wunsiedel-Komitee: „Das kostet Zeit und möglicherweise noch weitere Verbotsjahre." Das ist aus Sicht der Neonazis mehr als ärgerlich – jährt sich doch diesmal Heß' Todestag zum 20. Mal. Zu gerne würden Rieger und Co. anknüpfen an den Erfolg der Jahre 2001 bis 2004, als bis zu 5000 Neonazis aus dem In- und Ausland zu dem zentralen Event der Szene nach Wunsiedel kamen. Bei den dezentralen Veranstaltungen im vorigen Jahr dürften es hingegen nicht einmal 800 Teilnehmer gewesen sein.

So oder so stellt sich die Szene auf ein abermaliges Verbot ein. Einerseits ruft das Wunsiedel-Komitee zu „bundesweiten Aktionswochen" zum Gedenken an Heß auf. Sie könnten „unabhängig davon, ob der Marsch in Wunsiedel doch noch stattfinden kann", organisiert werden. Es gebe „ja auch andere Möglichkeiten, den Mord an Rudolf Heß in die Öffentlichkeit zu bringen". Juristisch bleibe es „nach wie vor unbedenklich, öffentlich auf den Mord an Rudolf Heß aufmerksam zu machen. Das kann mit angemeldeten Aktionen ebenso geschehen wie ganz spontan".

Andererseits werden für den Fall eines bestätigten Verbots in Wunsiedel Alternativdemonstrationen in anderen Städten angemeldet. Um sie juristisch leichter durchsetzen zu können, geschieht das unter einem anderen Motto. Christian Worch hatte dies seinen Kameraden so erklärt: Sollte Wunsiedel verboten bleiben, „werden wir am gleichen Tag in vermutlich mehreren deutschen Städten gegen § 130 Abs. 4 des bundesdeutschen Strafgesetzbuches demonstrieren. Allerdings darf bei solchen Demonstrationen leider Rudolf Heß und sein Schicksal nicht thematisiert werden, weil es sich sonst um 'Ersatzveranstaltungen' handeln würde, die gesetzlich nicht zulässig sind." Beispiel Jena: Als am 18. Juli bekannt wurde, dass das Verwaltungsgericht in Bayreuth das Verbot der Wunsiedel-Demonstration bestätigt hatte, meldete die NPD dort einem Bericht der „Thüringischen Landeszeitung" zufolge eine Demonstration unter dem Motto „Weg mit den Volksverhetzungsgesetzen – Für Meinungsfreiheit" an. Schon 2006 hatten die Anmelder von der thüringischen NPD eine Demo-Alternative zu Wunsiedel geboten. Statt im Fränkischen liefen rund 350 Neonazis in Jena auf. Einer der Redner: Jürgen Rieger.

Tomas Sager

Kriminelle „Kameraden“

Der NPD-Spitzenkandidat für die niedersächsische Landtagswahl zeigt wenig Distanz zur „Nationalen Offensive Schaumburg“.

Andreas Molau sollte der Stargast in Bad Nenndorf sein. Der niedersächsische Spitzenkandidat der NPD für die kommende Landtagswahl wirkte denn auch ruhig und gelassen wie lange nicht mehr. Unter dem Motto „Gefangen – gefoltert – gemordet“ hatten Freie Kräfte aus Schaumburg und Nordrhein-Westfalen am 28. Juli zum Schweigemarsch in den niedersächsischen Kurort geladen. Den Neonazis zufolge hätte der britische Militärgeheimdienst im jetzigen Kurhaus Wincklerbad nach 1945 ein „grausiges Folterlager“ unterhalten. Nach Medienberichten kam es auch zu Misshandlungen von Häftlingen. Die örtliche Neonazi-Szene um Marcus Winter von der „Nationalen Offensive Schaumburg“ griff dieses Thema 2006 auf, mit verzerrtem Geschichtsbild. Im letzten Jahr folgten knapp zwei Dutzend Rechtsextremisten dem Aufruf zum Gedenken, diesmal waren es 180.

Die Teilnehmer reisten zum größten Teil aus Nordrhein-Westfalen an, unter ihnen Versammlungsleiter Sven Skoda, sowie die Redner Ralph Tegethoff und Claus Cremer. Erstaunlich wenig Unterstützung erhielt NPD-Mann Molau aus seinen eigenen Reihen, einzig Michael Hahn aus Bad Lauterberg und Christian Fischer aus Vechta waren erschienen. Den Rest der Teilnehmer stellten Neonazis aus den Reihen der Kameradschaften. Eng kooperierte Molau dabei mit Christian Worch aus Hamburg.

Für Andreas Molau war der Wahlkampf an diesem Tag dann auch kein offizielles Thema. Noch weniger sprach Molau über einen potenziellen Deal der NPD in Brandenburg. In der idyllischen Gemeinde Rauen, inmitten von Wäldern und Obstplantagen, will die NPD den Hof „Johannesberg“ plus 19 Hektar Nutzfläche für rund 200 000 Euro gekauft haben. Zunächst soll eine schwedische Firma aus Gothenburg als Interessent aufgetreten sein, den Kaufvertrag habe dann jedoch eine 40-jährige Frau aus Groß Denkte bei Wolfenbüttel unterschrieben: Gonda Molau, die Ehefrau des Spitzenkandidaten.

Auch im heimischen Hannover gelang Molau ein kleinerer Coup. Das Verwaltungsgericht entschied: die NPD darf ihre zentrale Wahlveranstaltung zur Niedersachsenwahl im städtischen „Hannover Congress Centrum“ abhalten, da die Partei nicht verboten sei. Über den Termin schweigt sich Molau aus.

In Bad Nenndorf wusste der ehrgeizige Ex-Lehrer die Zuhörer nicht richtig zu begeistern. Im Nieselregen las er stur von unzähligen Seiten ab. Molau verurteilte die Belästigung durch eine aufgezwungene „Erinnerungs-Un-Kultur“ in der BRD, zitierte immer wieder Friedrich Nietzsche und den griechischen Philosophen Sokrates, sprach von „Liebe und Gerechtigkeit“. Der ehemalige Waldorfschul-Lehrer wetterte: „Die schöne neue Welt lockt die modernen Negersklaven mit materiellen Versprechungen herüber. Ihre unmenschlichen Überfahrten bezahlen die Afrikaner selbst, um sich hier als Prostituierte des Kapitals zu verdingen.“ Auf mehr Begeisterung stieß Molau, als er von den „Untaten der Alliierten“ sprach, und ankündigte: „Wir lassen uns von Verbrechern nicht demütigen!“

Wenig Distanz zeigte Andreas Molau zu den kriminellen Kameraden von der „Nationalen Offensive Schaumburg“ um Marcus Winter. Die NOS kündigt auf ihrer Homepage an, sie wolle „die NPD auf ihrem Weg begleiten und unterstützen“ und die „gesamte Kraft im Sinne des Wahlkampfes“ einsetzen. Winter erhielt Mitte Juli wegen Volksverhetzung eine neunmonatige Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Arvid Strelow von der NOS war kürzlich zu 17 Monaten verurteilt worden. Beide Strafen sind noch nicht rechtskraftig. Aber seit 2005 sind nach Polizeiangaben insgesamt 45 Strafverfahren gegen die drei Rädelsführer der NOS angestrengt worden, unter anderem wegen Beleidigung, Missbrauch von Notrufnummern, Betrug, Land- und Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Volksverhetzung. „Diese Extremisten schrecken nicht davor zurück, auch Staatsanwälte, Richter, Polizeibeamte und Journalisten zu bedrohen“, wird ein Polizeisprecher zitiert. Seit 2006 wurden demnach 100 Sachverhalte wie Propagandadelikte und Körperverletzungen zur Anzeige gebracht. Vor laufenden Fernsehkameras spielt NPD-Mann Molau die Taten von Winter und Co. herunter – er ist auf die Unterstützung der Kameradschaften in den ländlichen Strukturen angewiesen.

Andrea Röpke

„Gegen Inländerfeindlichkeit"

Neonazis marschieren mit antiisraelischen und ausländerfeindlichen Parolen.

Mit einem Doppelaufmarsch in Krefeld und Mönchengladbach haben Neonazis am 21. Juli gegen „Inländerfeindlichkeit" und für die Einführung der „Todesstrafe für Kinderschänder" demonstriert. Während die Polizei in Krefeld die strengen Auflagen konsequent umsetzen und zahlreiche Neonazis Buchstaben- und Ziffernfolgen wie NS oder 18 sowie Symbole auf Kleidung und bei Tätowierungen abkleben mussten, verzichtete man in Mönchengladbach auf die Umsetzung der Auflagen.

In Krefeld marschierten rund 210 Neonazis unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Deutsche – Gegen Inländerfeindlichkeit" auf. Anlass war eine Auseinandersetzung zwischen einem Farbigen und zwei NPD-Sympathisanten vor Monaten. Der Krefelder NPD-Chef Lars Spönlein und der Düsseldorfer Neonazi-Kader Sven Skoda sagten, dass die „Kameraden" Opfer und keine Täter seien und sich nur gegen „den Neger" (Spönlein) verteidigt hätten. Spönlein wünschte zynisch „dem Afrikaner von hier aus eine gute Heimreise". Skandiert wurden auch Parolen wie „Nie wieder Israel". Nachdem rund 140 Neonazis nach Mönchengladbach gefahren waren, hielten sie dort vor der Galerie eines wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilten Künstlers eine „Mahnwache" ab. Obschon die strengen Auflagen von Krefeld auch hier galten, schritt die Polizei nicht ein gegen das Tragen von T-Shirts mit Aufdrucken von dreiarmigen Hakenkreuzen oder dem Namen der Rechtsterroristen „Combat 18". Spönlein nannte hier die Todesstrafe „das Mindeste" für die „verabscheuenswürdigen Kreaturen". Der Dürener NPD-Chef Ingo Haller meinte, die Richter sprächen „lächerliche Urteile" gegen die „würdelosen Täter [im Namen des Volkes, aber] nicht in meinem Namen und nicht in eurem Namen, Kameraden".

Nach der „Mahnwache" lehnte die Polizei Spontandemonstrationen ab. Es kam zu kurzen Rangeleien. Rund 100 Neonazis wurden vorübergehend „in Gewahrsam" genommen und geschlossen zum Bahnhof gebracht. Unter den kurz Festgesetzten waren Haller und der Mönchengladbacher NPD-Ratsherr Pascal Geyer.

Michael Klarmann

Betriebsrat und Musiker

Christlicher Gewerkschafter spielt bei Rechtsrockband.

In rechtsextremen Szene-Kreisen ist Oliver Hilburger als Bandmitglied der 1987 gegründeten baden-württembergischen Skinband „Noie Werte" bekannt. Zu den ehemaligen langjährigen Band-Mitgliedern gehört auch der zeitweilige NPD-Landesvorsitzende Michael Wendland. Die 1991 veröffentlichte „Noie Werte"-LP „Kraft für Deutschland" wurde 1992 durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Bekannt ist in rechtsextremen Kreisen auch, dass Hilburger gemeinsam mit seinem „Noie Werte"-Bandmitglied Steffen Hammer das einschlägige Label GBF-Records (Reutlingen) betreibt. Eine CD von GFB-Records namens „Willkommen in Deutschland" der Skinband „Ultima Ratio" wurde wegen Verharmlosung des Nationalsozialismus und Leugnung von NS-Verbrechen indiziert.

Seine politischen Aktivitäten hatten für Hilburger jetzt Konsequenzen. Die IG Metall im DaimlerChrysler-Werk Untertürkheim machte öffentlich, dass sich Hilburger, freigestellter Betriebsrat von der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) und Landesvorstandsmitglied der CGM, in seiner Freizeit rechtsextrem betätigt. Aufgrund öffentlichen Drucks sah sich Hilburger nun gezwungen, sowohl sein Betriebsratsmandat als auch sein CGM-Landesvorstandsmandat niederzulegen. Ins Zwielicht geriet dadurch auch die CGM. Gegründet wurde die CGM im Kaiserreich als Alternative zur sozialdemokratischen Gewerkshaftsbewegung. Heute ist die CGM eine von 16 Einzelgewerkschaften, die unter dem Dach des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB) firmieren. Der CGB fühlt sich dem Kampf gegen das „DGB-Gewerkschaftsmonopol" verpflichtet und versteht sich als „freiheitliche Konkurrenz zu den sozialistisch geprägten Einheitsgewerkschaften des DGB". Der CGB fungiert, so eine Einschätzung der IG Metall, als „willfähriger Vollstrecker der Interessen der Arbeitgeberseite". 1996 machte der damalige CGB-Vorsitzende Peter Konstroffer negativ auf sich aufmerksam, als er in der „Jungen Freiheit" forderte, die Rentenversicherung „von allen Fremdleistungen, wie zum Beispiel den Ausgleich für Juden aus der früheren Sowjetunion, zu befreien".

Anton Maegerle

Verfassungsschutz

Radikal und parlamentarisch

Die NPD in Sachsen-Anhalt fährt in ihrer politischen Tätigkeit eine Doppelstrategie.

Je nach Bedarf bemüht sich die NPD um ein Erscheinungsbild als bürgerlich-nationale Partei mit demokratisch-parlamentarischen Hintergrund. Zum anderen bindet sie zunehmend radikale und teilweise gewaltbereite Kräfte in die eigenen Strukturen ein. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht für 2006 hervor, den Innenminister Holger Hövelmann (SPD) kürzlich vorlegte.

Kontinuierlich baut die rechtsextreme Partei ihre Strukturen in Sachsen-Anhalt weiter aus. Die NPD verfügt im Land derzeit über zehn Kreisverbände, in deren Rahmen nahezu landesweit kontinuierlich Ortbereichsgruppen gegründet werden. Zum Ende des Jahres 2006 verzeichnete der Verfassungsschutz 260 eingetragene Parteiangehörige, sieht derzeit aber einen verstärkten Mitgliederzuwachs. Mit ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) verfügt die NPD aber über ein deutlich über den Kreis der Mitglieder hinausgehendes Mobilisierungspotenzial. Unverhohlen strebt die NPD mit dem auch auf Bundesebene seit einiger Zeit verfolgten „Volksfront-Konzept" die uneingeschränkte Hegemonie über die rechtsextreme Szene in Sachsen-Anhalt an.

Andere rechtsextreme Parteien spielen dementsprechend in Sachsen-Anhalt nahezu keine Rolle mehr. Republikaner, Deutsche Partei und andere haben ihre Aktivitäten nahezu vollständig eingestellt, lediglich die DVU verfügt mit 50 Angehörigen noch über einen nennenswerten Mitgliederstamm, dessen Aktivitäten sich aber fast ausschließlich auf Treffen bei so genannten „Nationalen Stammtischen" beschränken.

Dennoch trat die DVU im Rahmen des Deutschland-Paktes zu den Landtagswahlen im März 2006 mit einer eigenen Liste an, auf der auch drei NPD-Mitglieder kandidierten, unter ihnen der damalige NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl. Erneut führte die DVU einen nahezu anonymisierten Wahlkampf, der sich nahezu ausschließlich auf Plakatierungen und Postwurfsendungen, unter anderem mit einem so genannten 125-Punkte-Wahlprogramm, konzentrierte. Darin polemisierte die DVU gegen „herrschende Politiker", die sich „zu einer Kaste entwickeln, die keine Rücksicht mehr nimmt auf das Volkswohl". Sachsen-Anhalt sei „dem Verrat etablierter Politiker von Rot bis Schwarz zum Opfer gefallen". Aufgrund ihres unattraktiven Wahlkampfes, der auch durch die unterstützenden Aktivitäten der NPD-Kandidaten nicht mit Leben gefüllt werden konnte, erreichte die DVU lediglich drei Prozent der Stimmen. Nach der Landtagswahl zeigte sich die DVU auf ihrer Internetseite enttäuscht über das Ergebnis und betonte, in künftigen Wahlkämpfen nachdrücklich auf die „Fehlkalkulation" hinzuweisen, „man könne mit Enthaltung dem 'Schnauze voll'-Gefühl gegen die Etablierten Luft machen". Ausdrücklich betont die DVU in dieser Erklärung, auch zur kommenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 am Deutschland-Pakt mit der NPD festhalten, sprich: erneut mit einer DVU-Liste unter Einbeziehung von NPD-Kandidaten ins Rennen um die Wählergunst gehen zu wollen.

„Institutioneller Überbau der Nationalen Volksfront"

Ob das aber bei der NPD auf sonderlich viel Gegenliebe stößt, ist durchaus fraglich. Zur Kommunalwahl im März 2007, die aufgrund einer Kreisgebietsreform in weiten Teilen Sachsen-Anhalt erforderlich war, traten beide Parteien mit getrennten Listen an. Während die DVU mit ihrem Kandidaten nahezu bedeutungslos blieb, gelang es der NPD, in alle sieben der neun Kommunalparlamente, für die sie angetreten war, auch einzuziehen. In fünf der neuen Landkreise ist sie seitdem in Fraktionsstärke vertreten (vgl. bnr 9/07).

Bindeglied der rechtsextremen Partei zu Neonazis, „Freien Nationalisten" sowie zur nur teilweise von festen Organisationsstrukturen gekennzeichneten Szene örtlicher und regionaler Kameradschaften sind die JN, die sich selbst als „einen institutionellen Überbau der Nationalen Volksfront", als „Reformator unseres parlamentarischen Arms" und als „Anlaufstelle für alle übrig gebliebenen, denkenden und fühlenden Teile des deutschen Volkes" verstehen.

In einer Veröffentlichung Mitte Mai 2006 stellte Michael Schäfer aus Wernigerode, stellvertretender Vorsitzender des JN-Landesverbandes und Beisitzer im JN-Bundesvorstand und dort Verantwortlicher für Politik und Schulung, „25 Thesen

zum Nationalismus“ vor. Darin erklärt er: „Neben der verstärkten aktionistischen Ausrichtung der JN geht es der Bundesführung um eine weltanschauliche Grundlage, die unser Wesen und Wollen und unsere Idee des Befreiungsnationalismus ... zusammenfasst.“ Die Thesen, so Schäfer, vermitteln ein klares Leitbild, das „in Zukunft das Bild der JN prägen soll“. In den Thesen heißt es unter anderem: „Nationalismus ist das Streben der Völker nach Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit ... Er ist der Wille eines Volkes zur Selbstbehauptung ... gegenüber fremden Einflüssen und Machtansprüchen ... In der von uns angestrebten Volksgemeinschaft werden die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems überwunden werden ... Die europäischen Völker sind ... durch die menschen- und volksfeindlichen Ideologien des Liberalismus und die ... Weltherrschaftsgelüste der Supermacht USA ... gefährdet.“

Personal zur Verbreiterung der Mitgliedschaft

In Sachsen-Anhalt hat der JN-Landesverband seine Strukturen in geradezu atemberaubendem Tempo aufgebaut. Nahezu flächendeckend sind regionale Stützpunkte gegründet worden, die in aller Regel in Szenetreffpunkten „Freier Nationalisten“ oder Kameradschaften angesiedelt wurden. Der JN-Verband umfasst etwa 50 feste Mitglieder, die fast ausnahmslos der Neonazi-Szene entstammen. Über die Vernetzung mit und die engen Verbindungen zur Neonazi-Szene, den „Freien Nationalisten“ und den regionalen Kameradschaften können die JN aber einen deutlich größeren Personenkreis auch kurzfristig mobilisieren.

Die zunehmend enger werdende Symbiose zwischen NPD und JN einerseits sowie unabhängigen Kräften andererseits bringt für alle Seiten ihre Vorteile. Die rechtsextreme Partei und ihr Jugendverband verfügen damit in Sachsen-Anhalt über ein Mobilisierungspotenzial, das weit über die eigene Mitgliedschaft hinausgeht und das von Partei und Verband im Rahmen des „Volksfront-Konzeptes“ zumindest perspektivisch als Personal zur Verbreiterung der eigenen Mitgliederzahl betrachtet wird.

Umgekehrt durchdringen auch Neonazis und ehemals „Freie Nationalisten“ die NPD und die Parteijugend personell und damit auch ideologisch. So schlossen sich etwa große Teile der „Nationalen Sozialisten Halle/Saale“ den JN an und umgingen damit ein tatsächlich oder vermeintlich drohendes Organisationsverbot. Zuvor hatten die „Nationalen Sozialisten“ einen neuen Gruppentreff bezogen, der szeneintern als „Braunes Haus“ bezeichnet wurde und nunmehr als JN-Stützpunkt fungiert.

Auch der NPD-Landesverband selbst hat seine Reihen dem neonazistischen Spektrum geöffnet und damit das „Volksfront-Konzept“ der Bundespartei in Sachsen-Anhalt personell und politisch verankert. Ex-Landeschef Andreas Karl, der eher den bürgerlich-nationalen Flügel der NPD verkörpert und bei diversen Wahlkämpfen mehr auf das Protestpotenzial statt auf elitäre Revolutionstheorien gesetzt hat, erlangte zwar auf einem nichtöffentlichen Landesparteitag im Dezember 2006 noch einmal seine Wiederwahl, sah sich anschließend im Landesvorstand aber mit einer Mehrheit von Neonazis konfrontiert, der gegenüber er sich nicht durchsetzen konnte. Im Landesvorstand entbrannte ein Machtkampf, den Karl verlor. Schließlich trat er zurück und übergab sein Amt an seine Stellvertreterin Carola Holz, die von den Neonazis schon im Dezember als neue Parteichefin favorisiert worden war. Der Landesverfassungsschutz rechnet mit einer spürbaren Radikalisierung sowie einer weiter verstärkten Netzwerkbildung mit Neonazis, „Freien Nationalisten“ und den regional agierenden Kameradschaften unter Holz.

Diesem Personenkreis sind die meisten einschlägigen Straf- und Gewalttaten zuzurechnen. Die Zahl rechtsextremer Straf- und Gewaltdelikte stieg in Sachsen-Anhalt 2006 erneut an. Insgesamt registrierten die Verfassungsschützer im Vorjahr 1240 (2005: 1130) rechtsextreme Straftaten, davon waren 122 (116) Gewalttaten. „Im Durchschnitt wurden 5 Gewalttaten je 100 000 Einwohner registriert“, heißt es im Verfassungsschutzbericht. Was angesichts der Zahl „normaler“ Gewaltdelikte wie einer gewöhnlichen Wirtshausschlägerei oder eines Raubes mit Gewaltausübung wenig, wenn nicht sogar euphemistisch klingt. Die Tatsachen liegen anders, Sachsen-Anhalt verteidigt einen traurigen Rekord: Gemessen an der Zahl der Bevölkerung steht das Land mit seiner Anzahl rechtsextremer Gewalttaten an der Spitze aller deutschen Bundesländer.

Eberhard Löblich

Ausland

„Christlicher Nationalismus“

Rumäniens „Neue Rechte“ unterhält gute Kontakte zur deutschen NPD.

Mit Unterstützung der „Europäischen Nationalen Front“ (ENF) fand vor wenigen Wochen in der rumänischen Hauptstadt Bukarest eine Veranstaltung der von Tudor Ionescu geführten nationalistisch-orthodoxen „Noua Dreapta“ (ND; Neue Rechte) statt. Gefeiert wurde das 80-jährige Jubiläum der 1927 von dem Antisemiten und Faschisten Corneliu Zelea Codreanu (1899 – 1938) gegründeten „Legion Erzengel Michael“. Codreanu vertraute darauf, der Erzengel werde der Legion beistehen: „Der Erzengel leitet uns, er verteidigt uns, er kämpft an unserer Seite, und mit seiner Hilfe werden wir siegen.“ Als Redner weilten auf der Veranstaltung unter anderem der NPD-Spitzenfunktionär Jens Pühse, Felipe Perez von der spanischen La Falange, der Grieche George Dimitroulias von Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und der Franzose Bruno Vendiere für Renouveau Francais (Französische Erneuerung).

Die Mitglieder der ND rekrutieren sich vorwiegend aus Studenten. Der sonntägliche Kirchgang ist absolute Pflicht. Die militant Homosexuellenfeindliche Truppe beschimpft Schwule als „Schande für das rumänische Volk“, fordert eine Lösung des „Zigeunerproblems“, agitiert antiamerikanisch und betreibt Kampagnen gegen Abtreibung. „Wir sind Zeugen eines nationalen Erwachens. Wir wollen nichts mehr von einer Romasprache hören, keine gebogenen Nasen und bläulichen Lippen mehr sehen.“, heißt es in einem programmatischen Text der ND.

Ins Leben gerufen wurde Noua Dreapta anlässlich des 100. Geburtstages von Codreanu am 13. September 1999. Die „Legion“, bekannter unter dem Namen ihres paramilitärischen Flügels „Eiserne Garde“, wurde in den 30er Jahren zu einer ultranationalistischen und antisemitischen Massenbewegung. Nach der Machtübernahme 1940 errichteten die Legionäre gemeinsam mit dem Militärdiktator Ion Antonescu ein Regime nach deutschem Vorbild. Nach einem halben Jahr putschten die Legionäre gegen Antonescu. Die so genannte „Rebellion der Legionäre“ war begleitet von antisemitischem Terror in den jüdischen Vierteln Bukarests. Hunderte jüdische Frauen, Männer und Kinder wurden umgebracht.

Auslandskontakte pflegt der ND-Generalsekretär Claudiu Mihutiu, der in Mannheim studiert hat. Mihutiu war Redner beim NPD-Aufmarsch gegen den Tag der Befreiung am 8. Mai 2005 in Berlin und hielt beim „Fest der Völker“ 2005 in Jena eine Rede. Grußworte beim NPD-Bundesparteitag am 11. November 2006 in Berlin überbrachte Swen Moritz Geblescu, einer der Führungsköpfe der Noua Dreapta. „Nur der moderne, europäische, christliche Nationalismus wird die Antwort auf den Imperialismus des 21. Jahrhunderts sein“, führte Geblescu vor den NPD-Delegierten aus. Geblescu studierte in München und diente zwei Jahre in der Bundeswehr.

Noua Dreapta ist Mitglied der „Europäischen Nationalen Front“ (ENF). Gegründet wurde die ENF im Januar 2003 auf einer Versammlung der spanischen La Falange. Der ENF gehören verschiedene rechtsextreme Gruppierungen und Parteien aus West- und Osteuropa an, die versuchen wollen, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Erklärtes Ziel der ENF ist es, die „nationalen“ europäischen Kräfte zu vereinigen und für „elementare Grundsätze“ einzutreten. Zu diesen Grundsätzen gehören unter anderem die Schaffung eines Europas der Vaterländer und die Verhinderung des EU-Beitritts von Israel und der Türkei. Ein vorrangiges Thema für die ENF ist die Verhinderung der „Islamisierung Europas“. Als ideologisches Vorbild dient neben Codreanu der spanische Faschist Jose Antonio Primo de Rivera (1903 – 1936). ENF-Mitglieder sind neben Noua Dreapta und NPD, La Falange, Renouveau Francais, Forza Nuova aus Italien und Patriotiki Summahia (Patriotische Allianz) aus Griechenland.

Zur Verbreitung des antisemitischen Gedankenguts von Codreanu in Deutschland trägt maßgeblich der gebürtige Siebenbürger Sachse Gerd Zikeli bei. Der einstige evangelische Pfarrer, zwischenzeitlich aus der Kirche ausgetreten, verehrt Codreanu als „Vater des modernen Nationalismus“. Zikeli arbeitete in den 80er Jahren zeitweilig als Sekretär des Holocaust-Leugners Otto-Ernst Remer, der führend an der Niederschlagung des Aufstandes von 20. Juli 1944 beteiligt war.

Anton Maegerle

Grauzone

Feldzug gegen die Fakten

Wie der Ex-Militär Gerd Schultze-Rhonhof versucht, Adolf Hitler als Friedensaktivisten darzustellen.

Seit Anfang dieses Jahres bemüht sich der Verfasser des revisionistischen Bestsellers „Der Krieg, der viele Väter hatte“ um eine weitere Steigerung seines Bekanntheitsgrades. Sein Buch, das inzwischen im Olzog-Verlag in der 5. Auflage erschienen ist, wird nunmehr auch von einem Hörbuch und der professionell gestalteten Internetseite www.vorkriegsgeschichte.de flankiert. Daneben tourt der Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof nicht nur weiterhin emsig durch die Republik, sondern stellt seine Vorträge auch als Video zum Download ins Internet. Schultze-Rhonhof scheint hierbei mit seiner Quervermarktung durchaus ein gewisser Erfolg beschieden zu sein. Das Video, welches seit dem 20. April dieses Jahres online steht, hatte im Juni mehr als 5000 Klicks zu verzeichnen, jeden Tag sollen rund weitere 40 dazukommen. Die in der Grauzone zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus angesiedelte Zeitschrift „Sezession“ bezifferte zudem die Gesamtauflage des „Kriegs, der viele Väter hatte“ auf beachtliche 27 000 verkaufte Exemplare.

Offen erklärtes Ziel Schultze-Rhonhofs in der Nutzung neuer Medien ist es, Schüler, Studenten und Lehrer bei ihm plagiieren zu lassen, um „den Gymnasial- und Universitätsbetrieb eines Tages in der Geschichtslehre von unten her“ neu zu gestalten, wie er im Interview mit „Sezession“ (Nr. 17, Ausgabe 5/2007, S. 17) ausführte. Im Onlineforum des Instituts für Staatspolitik wird deshalb gerade die Aufnahme der Wortbausteine „Schularbeiten“, „Hausaufgaben“, „Referat“ und „Seminararbeiten“ in die Startseite von www.vorkriegsgeschichte.de als taktisch geschickt gelobt.

Schultze-Rhonhof tritt je nach Medium und Publikum in unterschiedlicher Schärfe auf. Kernthese jeder Darstellung ist jedoch, dass Hitler lange Zeit als moderater „Mann des Friedens“ (Buchausgabe, S. 562) aufgetreten und bis in den September 1939 lediglich an der Lösung der deutschen Minderheitenfrage interessiert gewesen sei. Dass es zum Weltkrieg kam, habe schließlich an den sturen Polen und der vereinten Kriegstreiberei Großbritanniens, der USA, Frankreichs und der Sowjetunion gelegen.

Zum Beweis dieser „Thesen“ spricht er der deutschen Geschichtswissenschaft erst einmal grundsätzlich jegliche Objektivität ab. Er geht sogar davon aus, dass deren Vertreter dazu juristisch verpflichtet seien, eine „alliierte“ Geschichtsversion zu vertreten und zu lehren (S. 12 f.). Ansonsten bleibt die Kritik aber ohne Adressat. In der Buchversion und auf der Internetseite wird die Forschung zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs tatsächlich vollständig ignoriert. In seinen Vorträgen dient ihm das zwanzig Jahre alte Schulgeschichtsbuch seiner Tochter als Beleg für den aktuellen Forschungsstand. Nur ein ominöser nicht namentlich genannter deutscher Professor sowie die beiden deutschen Historiker Stefan Scheil und Walter Post werden gelegentlich bei öffentlichen Vorträgen angeführt. Bei diesen Autoren ist das nicht weiter verwunderlich, bestritten sie doch schon gemeinsam mit Schultze-Rhonhof Veranstaltungen der rechtsextremen Verleger Gerd Sudholt (Inning/Oberbayern) und Wigbert Grabert (Tübingen).

Die Forschung zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wird vollständig ignoriert

Anstatt sich auf die Ergebnisse der deutschen Geschichtswissenschaft zu stützen, sind es ansonsten vor allem die ausländischen „Historiker“ Paul Rassinier und David L. Hoggan, die Schultze-Rhonhof als Zeugen heranzieht. Hierbei verschweigt er aber, dass sich der Lehrer Rassinier eher als überzeugter Holocaust-Leugner, denn als Forscher zur Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkriegs ausgezeichnet hat und Hoggan bereits in den sechziger Jahren nachweislich in einem Umfang Quellenfälschungen vornahm, die höchstens mit denen eines David Irving vergleichbar sind. Nicht umsonst gleichen die Ausführungen Schultze-Rhonhofs in weiten Teilen Hoggans bereits 1961 im Tübinger Grabert-Verlag erschienenem Buch „Der erzwungene Krieg“.

Abgesehen von seinen Ausführungen zum Kriegsausbruch selbst zeigt der Ex-Militär auch an anderen Stellen ein mangelndes Gespür für wissenschaftliches Arbeiten. Während ein Dokument wie die Hoßbach-Niederschrift trotz mittlerweise erwiesener Glaubwürdigkeit wieder einmal in

Zweifel gezogen wird, tappt Schultze-Rhonhof durch die Verwendung zeitgenössischer regierungsöffentlicher Angaben über polnische Repressionen wiederholt in die Falle reichsdeutscher Propaganda. Ein geradezu abstruses Geschichtsbild zeigt sich zudem in dem bei seinen Vorträgen häufig gewählten Vergleich der Verhältnisse Vorkriegspolens mit der „humanitären Katastrophe in Jugoslawien unter Milosevic“. Offensichtlich will Schultze-Rhonhof damit suggerieren, dass der deutsche Überfall auf Polen mit einer humanitären Intervention gleichzusetzen sei. Dass er fürderhin behauptet, dass Hitler die Sowjetunion schließlich nur deshalb angegriffen habe, da diese ihre Forderungen gegenüber Deutschland unverhältnismäßig in die Höhe getrieben hätten oder dass das wilhelminische Deutschland im Ersten Weltkrieg „keine eigene Kriegsziele“ verfolgt habe (S. 62) ist im Prinzip auch schon fast zu vernachlässigen.

Holocaust-Leugner als Zeugen herangezogen

Bemerkenswert ist allerdings noch die antisemitische Attitüde, die die Darstellungen Schultze-Rhonhofs durchzieht. Nicht nur, dass seit 1933 angeblich 557 000 jüdische Polen im nationalsozialistischen Deutschland Zuflucht gesucht hätten, nein, auch der Novemberpogrom von 1938 sei natürlich spontan nach dem Attentat Herschel Grynszpans auf Ernst vom Rath durch ein „Feuer der Entrüstung [entfesselt]“ worden (S. 189). Dass diese Passage sowohl hinsichtlich des vermeintlichen Ablaufs als auch der Verwendung des geschönten Schadensausmaßes Erinnerungen weckt an das indizierte Buch „Feuerzeichen“ der Rechtsextremistin Ingrid Weckert, beziehungsweise sich beinahe wie ein Auszug aus letzterem liest, zeigt wohl am deutlichsten, wo sich Schultze-Rhonhof politisch positioniert.

Alles in allem zeigt sich also wiederholt, dass man nicht zu zögern braucht, solche revisionistische Aussagen als billige Polemiken zu entlarven, die mit einer wissenschaftlichen Arbeit nichts gemein haben. Dieses ist auch und gerade dann der Fall, wenn derartige Aussagen in Buchform mit einem umfangreichen Fußnotenapparat verpackt, im Internet professionell vermarktet oder in öffentlichen Vorträgen rhetorisch gekonnt referiert werden.

Knut Langewand/Dirk Mellies

Rezension

Verschwörungsphantasien

Der Mythos einer antisemitischen Legende.

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ dürften die weltweit am weitesten verbreitete antisemitische Schrift sein. Inhaltlich erwecken sie den Eindruck, es handele sich um die Aufzeichnungen über eine Konferenz zur Durchführung einer jüdischen Weltverschwörung. Tatsächlich stellt der Text eine primitive Fälschung dar, welche trotz des Wissens darum weltweite Anhänger und Gläubige fand. Der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte dieses Machwerkes widmet sich der Berliner Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, in seinem Buch „Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung“.

Er will darin aber auch die Möglichkeiten des Irrationalen in der modernen Gesellschaft und Politik aufzeigen. Entsprechend geht die Überblicksdarstellung zunächst allgemein auf Verschwörungsphantasien und deren antisemitische Komponente ein. Danach skizziert Benz die Entstehung der „Protokolle“ und ihre Wirkung im Kontext des Antisemitismus der Geschichte und Gegenwart. Die Verbreitung der Schrift in der aktuellen islamistischen Propaganda verdient dabei besondere Aufmerksamkeit. Den Reiz der Verschwörungsphantasien als Welterklärung deutet Benz über deren Mythoscharakter.

Dabei wird deutlich, dass es der Autor nicht nur bei der Präsentation von Fakten belässt, sondern auch nach Ursachen und Zusammenhängen fragt. Hierzu hätte man sich vielleicht noch ein systematisches Kapitel unter Einbettung der aktuellen Forschung gewünscht. Aber auch so liefert Benz eine gute Zusammenfassung des gegenwärtigen Wissensstandes, wobei insbesondere die Beispiele für die Verbreitung der „Protokolle“ in der Gegenwart Beachtung verdienen. Gerade diese machen das Buch mit einem historischen Thema zu einem aktuellen Werk. *Armin Pfahl-Traughber*

Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der Jüdischen Weltverschwörung, C. H. Beck-Verlag, München 2007, 128 Seiten, 7,90 EUR.

Demokratische Initiativen

Virtuelle Begegnungen

Ein Webportal dokumentiert das Leben von Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime.

Das Bewusstsein für den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime am Leben erhalten: Diesem Ziel hat sich das virtuelle Europäische Widerstandsarchiv oder auf Englisch „European Resistance Archiv“ (ERA) verschrieben, das unter www.resistance-archive.org zu erreichen ist. Mit biographischen Videointerviews und begleitenden Texten versucht es aufzuzeigen, mit welchen Mitteln Menschen zum Kampf gegen den Nationalsozialismus beziehungsweise Faschismus beitrugen und welche Motivation sie dabei leitete.

Lorenz Knorr ist einer von den 20 Widerstandskämpfern, deren Leben im Online-Projekt dokumentiert worden ist. Anfang der 1960er Jahre war er in Westdeutschland ein bekannter Mann. Der damalige Jungsozialist ging 1962 in einer Rede auf die Nazivergangenheit von Repräsentanten der Bundeswehr ein. Der seinerzeitige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß ließ daraufhin gegen Knorr eine Anzeige wegen Beleidigung ehemaliger Wehrmachtsgeneräle, die dann in der Bundeswehr tätig waren, sowie wegen Staatsgefährdung anstrengen. Die Klage ging durch mehrere Instanzen und hatte eine besondere Note. Denn mit Lorenz Knorr stand ein ehemaliger Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime vor Gericht, der an Sabotageaktionen, Sprengungen von Munitionsdepots, dem Verteilen von Flugblättern wie auch weiteren Widerstandsaktionen beteiligt gewesen ist. Sollte ein ehemaliger Widerstandskämpfer bestraft werden, weil er die NS-Biographien von Mitbegründern der Bundeswehr offen legte? Das empörte viele und führte dazu, dass sich Menschen aus dem In- und Ausland für Knorr einsetzten, darunter der britische Philosoph Bertrand Russell. Erst in den 70er Jahren wurde Knorr schließlich freigesprochen.

Der auch heute noch politisch aktive Mann berichtet anschaulich über die verschiedenen Stationen seiner Widerstandsarbeit gegen das NS-Regime. Auch Erwin Schulz, der aus einer gewerkschaftlich orientierten Familie kam, begann früh im Widerstand gegen das NS-Regime zu arbeiten. Er verteilte Flugblätter und unterstützte NS-Verfolgte.

Neben Knorr und Schulz dokumentiert das ERA das Leben von 18 weiteren Kämpferinnen und Kämpfern gegen den Faschismus und Nationalsozialismus aus Deutschland, Polen, Österreich, Italien, Frankreich und Slowenien.

Dieser bestehende Grundstock soll kontinuierlich erweitert werden. Dafür sorgen in allen Ländern Initiativen, in denen sich engagierte Nazigegner mit Historikern, Pädagogen und einem professionellen Filmteam verbunden haben. Sie bereiten die Interviews vor und führen diese durch, übersetzen sie und ordnen sie auch historisch ein. Ergänzt werden die Biographien durch Kartenmaterial, Fotos, ein Glossar sowie Texte, die einen Überblick über die Geschichte des Widerstands in den verschiedenen Ländern geben. Sämtliche Transkriptionen der Interviews können für Schul- oder Universitätszwecke heruntergeladen werden.

Die neun Projektpartner aus den sechs beteiligten Ländern haben sich darauf geeinigt, sowohl bewaffnete als auch friedliche Aktionen unter den Widerstandsbegriff zu fassen. „Widerstand bedeutet, sich aktiv gegen den nationalsozialistischen Terror und Krieg gewehrt zu haben. Nicht nur etwas gesagt, sondern auch etwas gemacht zu haben“, so Steffen Kreuseler von der deutsch-italienischen Forschungsstelle Istoreco (www.istoreco.re.it), der Koordinationsstelle für das Widerstandsarchiv. Unter diesen Widerstandsbegriff fallen sowohl Partisanen, aber auch Menschen, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten und Faschisten Verfolgte versteckt, falsche Papiere besorgt oder Flugblätter verteilt haben.

Steffen Kreuseler sieht die Zielgruppe des ERA bei jungen Menschen, für die der Umgang mit dem Internet ganz selbstverständlich ist. Für sie wird ein virtueller Ort, in dem sie Menschen treffen können, die Widerstand geleistet haben, besonders wichtig. Schließlich fallen die Zeitzeugen, die noch selbst berichten konnten und viele junge Menschen nachhaltig politisch prägten, immer mehr weg. Es wird sich zeigen, ob ERA diese Lücke füllen kann.

Peter Nowak

Meldungen

Frustrierte NPD-Jugend

Köln/Aachen – Die Jungen Nationaldemokraten (JN) in NRW, die eigentlich den Neuaufbau eines Landesverbandes angepeilt hatten, befinden sich schon wieder in Auflösung. Nachdem Anfang Mai bereits der JN-Stützpunkt Gladbeck seine Arbeit eingestellt hatte, zogen Ende Juli die Stützpunkte Köln und Aachen nach. Alle ehemaligen Mitglieder würden künftig bei den „Autonomen Nationalisten Köln“ und den „Autonomen Nationalisten Aachen“ aktiv werden, verbreitete das neonazistische Aktionsbüro Westdeutschland. Als Gründe für die Auflösung werden unter anderem eine „fehlende Unterstützung durch den Bundesvorstand für die einzelnen Stützpunkte und fehlende Reaktionen seitens des Buvo auf Spaltereien eines einzelnen JN-Stützpunktes“ genannt. Gemeint sein dürften mit diesem Hinweis die JN Herford, die sich von einer Neonazi-Demonstration in ihrer Stadt Ende Juni distanziert hatten. Die meisten Aktivitäten der letzten Monaten seien über die „freie Basis“ gelaufen, während man bei der JN-Basisarbeit „andauernd Stolpersteine in den Weg gelegt“ bekommen habe, meinen die Ex-JNler. Ihre Erklärung schließt mit den Worten „Organisierter Wille braucht keine Partei! Nationaler Sozialismus voran!“ Aus dem Internet verschwunden ist inzwischen auch die Homepage der JN Bocholt. (ts)

Waffen als „Statussymbole“

Berlin – In der gesamten rechten Szene ist Erkenntnissen der Bundesregierung zufolge „eine deutliche Affinität zu Waffen feststellbar“. Paramilitärische Wehrsportübungen gehören demnach für einen Teil der rechtsextremen Szene „zu den dort üblichen Aktivitäten“. Im Zeitraum der Jahre 2002 bis 2006 wurden 1343 rechtsextrem motivierte Straftaten mit insgesamt 1.640 Waffen gemeldet. Zu den sichergestellten Waffen zählen unter anderem Kriegswaffen, Spreng- und Brandvorrichtungen, Sprengattrappen, Gas-, Luft-, Schreckschusspistolen, Hieb- und Stichwaffen, sowie Faustfeuer- und Langwaffen. Waffen, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Waffenfunden bei Rechtsextremisten (BT-Drucksache 16/6051), werden von Angehörigen der rechtsextremen Szene „als Tatmittel, zur Bedrohung sowie als ‘Statussymbole’ angesehen.“ Bei rund einem Drittel der 257 im Jahr 2006 von Rechtsextremisten mit Waffen begangenen Straftaten handelt es sich um Überfälle. 125 Brand- und 7 Sprengstoffanschläge zählte die Bundesregierung in den Jahren von 2002 bis 2006. Der Schwerpunkt lag 2006 wie auch in den Vorjahren im Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Ziele der Anschläge waren unter anderem Asylbewerberheime, Gaststätten/Imbisse von ausländischen Mitbürgern, Wohnungen und Treffpunkte politischer Gegner. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de